

Rede von Isabell Hiekel

Für den Brandenburger Wald: Landesforstbetrieb zukunftsorientiert aufstellen

- Es gilt das gesprochene Wort!

Sehr geehrte Frau Vizepräsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen, sehr geehrte Damen und Herren an den Bildschirmen,

Mit den Auswirkungen des Klimawandels rückt der Wald immer mehr in unser Bewusstsein. Es ist hinlänglich bekannt, dass ökologisch stabile Wälder einen enormen Beitrag zur Kohlenstoffbindung leisten und dass sie in ihrer Funktion als Lebens- und Erholungsraum und als Rohstofflieferant einen großen Wert für uns haben.

Aber unser Wald ist auch bedroht durch den Klimawandel. Denn der größte Teil der Waldflächen ist nicht ökologisch stabil, weil er über Jahrzehnte vorrangig auf die Nutzfunktion ausgerichtet wurde. Zudem steht die Forstwirtschaft mit den Veränderungen durch die Temperaturerhöhung und Extrem-Wetterlagen vor völlig neuen Herausforderungen.

Mit dem vom MLUK vorgelegten BSL-Gutachten wird nun der Ansatz verfolgt, den Landesforstbetrieb so aufzustellen, dass er die neuen Herausforderungen zur Waldentwicklung unter den Bedingungen des Klimawandels meistern kann. Das ist angesichts der Geschichte des Landesbetriebes und der aktuellen Haushaltslage, wahrlich keine leichte Aufgabe, zumal hier verschiedenste Interessen aufeinanderprallen und gegeneinander abgewogen werden müssen.

Mit Ihrem Antrag bringt sich DIE LINKE in diese Diskussion ein. Auch wenn wir diesen Antrag heute ablehnen, gibt es hierin Punkte, die durchaus in die weiteren Betrachtungen einbezogen werden sollten. Dazu gehört die Forderung, die forstpolitischen Ziele angesichts der Herausforderungen durch den Klimawandel zu überprüfen und zukunftsorientiert festzulegen.

Ich denke, angesichts der aktuellen Entwicklungen in unseren Wäldern ist es an der Zeit, die Waldvision 2030 zu überarbeiten und zu konkretisieren. Wie wir wissen, sind zwei Drittel der Waldfläche in unserem Land in Privatbesitz und zu über 90 % in den Händen von Kleinwaldbesitzern.

Es ist daher besonders wichtig – und auch hier stimme ich DER LINKE zu – dass die Försterinnen und Förster aus dem hoheitlichen Bereich vor Ort präsent und für die Waldbesitzer ansprechbar sind. Die Zielstellung der Präsenz in der Fläche ist mit einer weiteren Reduzierung von Forstrevieren, insbesondere im hoheitlichen Bereich, nicht vereinbar.

Schließlich soll nach dem BSL-Konzept gerade die Ebene der Revierförster*innen gestärkt werden, um unter anderem den notwendigen Waldumbau im Privatwald voranzubringen. Dazu gehört auch eine bessere Bezahlung und bessere technische Ausstattung der Revierförster*innen und die Übertragung von mehr Verantwortung für ihre Reviere. Auf der anderen Seite muss die Forstwirtschaft dann auch auf der Ebene der hoheitlichen Oberförstereien effektiver ausgerichtet werden.

Das im BSL-Gutachten aufgestellte Modell der 6 Forstämter bietet die Chance, die Arbeit zu konzentrieren und zu effektivieren. Grundvoraussetzung ist für diesen Ansatz aber auch, dass für jeden Landkreis und jede kreisfreie Stadt ein direkter kompetenter Ansprechpartner im höheren Dienst im zuständigen Forstamt vertreten ist.

Die von der LINKEN angesprochene Zusammenlegung von Landeswald-Oberförstereien und Hoheits-Oberförstereien ist im BSL-Gutachten bereits geprüft worden. Und man ist zu dem Schluss gekommen, dass es betriebswirtschaftlich von Vorteil ist, die bestehende

Trennung konsequent umzusetzen und Querfinanzierungen zwischen beiden Bereichen künftig zu unterlassen. Daran sollte nicht mehr gerüttelt werden.

Und auch die Dienstleistungen durch die Hoheitsförster*innen zur Bewirtschaftung von Privatflächen sollten, wie von den Gutachtern empfohlen, auf eine Flächengröße von bis zu 10 Hektar je Waldeigentümer*in begrenzt bleiben. Damit soll sichergestellt werden, dass die zeitlichen Ressourcen der Revierleiter*innen vorrangig für die Beratungsleistungen zum Waldumbau und andere hoheitliche Aufgaben genutzt werden können.

Bezüglich der Bewirtschaftung von Privatwaldflächen sollten vor allem die Forstbetriebsgemeinschaften unterstützt und gefördert werden, wie die LINKE es in ihrem Antrag ebenso fordert.

Es gibt noch einige andere Punkte, bei denen wir durchaus auf gleicher Linie liegen.

Dazu gehört,

- die Müllberäumung im Wald durch den Landesforstbetrieb
- die Unterstützung der Waldpädagogik,
- die Aufwertung des Landeskompetenzentrums Forst in Eberswalde, sowie auch
- die Weiterführung der Kooperation mit der Hochschule für Nachhaltige Entwicklung in Eberwalde.

Eines muss uns allen aber klar sein: Eine zukunftsorientierte Reform des Landesforstbetriebes wird nur mit wesentlichen Veränderungen in der Struktur und Organisation des Betriebes machbar sein. In diesem Reformprozess muss natürlich eine intensive Einbindung der Mitarbeiter*innen stattfinden, um auch für schwierige Entscheidungen Akzeptanz in der Belegschaft zu finden.

Denn die Erreichung unserer Ziele im Wald ist auch davon abhängig, dass die Försterinnen und Förster mit einer großen Motivation an die großen Herausforderungen der Zukunft gehen.

**Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
im Brandenburger Landtag**



Danke für die Aufmerksamkeit!